



Aktuelle Debatte

—

Fraktion AfD

Corona-Politik aufarbeiten - Panikmache beenden

Es wird beantragt, zur 26. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 11./12./13./14. Dezember 2023 eine Aktuelle Debatte zum oben genannten Thema durchzuführen.

Begründung

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat im Frühjahr 2023 den globalen „Corona-Gesundheitsnotstand“ aufgehoben. Auch der Virologe Christian Drosten erklärte jüngst die Pandemie für beendet.¹ Trotzdem deutete Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) aufgrund der misslichen Finanzpolitik seiner Regierung in einem Presseinterview vom 28.11.2023 an, eine neue Corona-Notlage ausrufen zu wollen. Der Ministerpräsident begründete dies mit den Worten „Sie sehen ja die aktuelle Situation, dass wir einen Spitzenwert an Covid-Erkrankungen in Deutschland haben“.²

¹ Focus Online vom 04.10.2023, Virologe kritisiert Desinformation, Drosten gibt Entwarnung für den Winter: „Die Pandemie ist beendet“, https://www.focus.de/gesundheit/coronavirus/virologe-kritisiert-desinformation-drosten-gibt-entwarnung-fuer-den-winter-die-pandemie-ist-beendet_id_218322058.html (abgerufen am 05.12.2023).

² Hagen Eichler, Nach Urteil zur Schuldenbremse, Mitteldeutsche Zeitung vom 28.11.2023, <https://www.mz.de/mitteldeutschland/landespolitik/sachsen-anhalts-regierung-stellt-erste-projekte-in-frage-3738390> (abgerufen am 05.12.2023).

Allerdings konnte anhand der Datenlage, die für den 29.11.2023 etwa 29 Corona-Infektionen pro 100.000 Einwohner in Deutschland auswies, keine besonders hohen Werte und damit keine erhöhte Belastung des Gesundheitssystems gemessen werden.³

Durch politische Fehlentscheidungen der letzten Jahre wurde Sachsen-Anhalt, wie auch andere Bundesländer und der Bund in Gänze, an die Grenze der finanziellen Möglichkeiten gebracht. Hinzu kommen nun die Auswirkungen des Urteiles des Bundesverfassungsgerichtes zur Umgehung der Schuldenbremse, von der auch Sachsen-Anhalt betroffen ist. Schließlich wurde deutlich, dass die Kreditermächtigung für das „Corona-Sondervermögen“ in Sachsen-Anhalt nach aktuellem Stand verfassungswidrig ist.

Noch am 26.11.2023 hatte Ministerpräsident Haseloff in der Talk-Show „Anne Will“ eine Notlage auf die seiner Ansicht nach notwendige finanzielle Unterstützung der Ukraine gestützt: „Wir müssen riesige Summen dort zur Liquiditätssicherung dieses Staates aufbringen, damit die Grenze [...] nicht an die EU-Grenze herangezogen wird seitens Russlands.“⁴ Als weitere Beispiele für eine politisch notwendige Aufweichung der Schuldenbremse, führte er die geopolitischen Konflikte, insbesondere im Nahen Osten an.

Zwei Tage später, am 28.11.2023 erfolgte beim Ministerpräsidenten ein erneuter Sinneswandel. Um im Land weiter eine überbordende Schuldenpolitik betreiben zu können, sollen nun offensichtlich Corona-Inzidenzen zur Begründung einer vermeintlichen Corona-Notlage herhalten. Diese willkürliche Herangehensweise zeigt, dass der Begriff „Corona“ inzwischen für alle möglichen politischen Entscheidungen missbraucht werden kann.

Dabei hat erst kürzlich die Europäische Medizinagentur (EMA) in einer veröffentlichten Parlamentsinformation eingestanden, dass keinerlei Belege dafür vorliegen, dass die COVID-19-Impfstoffe die Übertragung des Virus hemmen oder verhindern. „Sie haben in der Tat Recht, wenn Sie darauf hinweisen, dass COVID-19-Impfstoffe nicht zur Verhinderung der Übertragung von einer Person auf eine andere zugelassen sind“, räumt die EMA in ihrem Schreiben vom 18.10.2023 ein.⁵ Die politisch verfügbaren Regelungen zur Impfpflicht und zu den 2G-Regelungen erweisen sich damit als umso fataler.

In Sachsen-Anhalt ist bis heute Transparenz und Aufklärung zu den politischen Verfehlungen der letzten drei Jahre zu vermissen. Eine allumfassende Aufarbeitung dieser Zeit ist mindestens in Form eines öffentlichen Parlamentarischen Untersuchungsausschusses notwendig. Bisher fehlt hierzu der politische Wille. Noch im April 2022 forderte die FDP in Sachsen-

³ Bundesministerium für Gesundheit, Die aktuelle Situation akuter Atemwegserkrankungen in Deutschland, <https://corona-pandemieradar.de/de/inzidenz> (abgerufen am 29.11.2023).

⁴ ARD, Anne Will, Regierung in Geldnot – Wie hart trifft es Deutschland?, Sendung vom 26.11.2023.

⁵ European Medicines Agency, Emer Cooke, Executive Director, Schreiben vom 18.10.2023, EMA/451828/2023, Antwort auf die Anfragen der Mitglieder des Europaparlaments de Graaff, Zimniok u.a., <https://t.co/PctCFSB8i7> (abgerufen am 05.12.2023).

Anhalt eine Aufarbeitung bis zum Herbst 2022. Mehr als eineinhalb Jahre später ist faktisch nichts passiert. Die angekündigte nichtöffentliche „Regierungskommission zur Corona-Aufarbeitung“ kann nicht leisten, was es hier zu erfüllen gibt! Denn Fragen zu einer Impfung ohne Fremdschutz, dafür mit teils tödlichen Nebenwirkungen; nach nutzlosen Schulschließungen, hunderten Millionen Euro verbrannter Steuergelder und vielen anderen Fehlern müssen endlich ehrlich beantwortet werden und die damaligen Entscheidungsträger haben für ihre Verfehlungen Verantwortung zu übernehmen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitz